

---

PRESSEMITTEILUNG, 25. SEPTEMBER 2006  
– BAND 7 / STUDIE ZUM GESUNDHEITSFONDS –  
*„Der Zusammenhang zwischen beitragspflichtigen Einnahmen  
und Einnahmen zum Lebensunterhalt“*

---

Band 7 zeigt anhand repräsentativer Berechnungen: Im geplanten „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ wurden beim politischen Zusammenwürfeln von Gesundheitsfonds, Zusatzbeitrag und 1 %-Belastungsgrenze relevante Zusammenhänge und Probleme nicht zu Ende gedacht. Und das gerade bei dem Teil der Gesundheitsreform, der mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen bringen sollte: Beim Zusatzbeitrag.

Die Gründe dafür sind vielschichtig: Zum einen hängt die Höhe des Zusatzbeitrags fundamental vom neuen Risikostrukturausgleichs ab, dessen Ausgestaltung ungeklärt ist. Zum anderen wird die Höhe des Zusatzbeitrags durch die sozioökonomische Mitglieder- und Versichertenstruktur beeinflusst, d.h. ist von der Einkommens- und Krankheitsverteilung innerhalb der Versicherten einer Krankenkasse abhängig.

Vor allem für die großen Krankenkassen kann erwartet werden, dass sie einen hohen Zusatzbeitrag einfordern müssten. Dies führt dazu, dass bis zu 58 % aller Haushalte finanziell überlastet werden würden, da der Zusatzbeitrag 1 % des Haushaltseinkommens übersteigen würde.

Auf Seiten der Krankenkassen dürfte es zu einer Verschärfung der Risiko-selektion von „guten Risiken“ kommen, das sind gesunde, junge Mitglieder mit höheren Einkommen und ohne beitragsfrei mitversicherte Familienangehörige. Andererseits würden Mitglieder mit niedrigeren Einkommen, mit hohem und höherem Alter, Kranke sowie Mitglieder mit großen Familien zunehmend zu einem Finanzrisiko für die Krankenkassen, weil diese „schlechten Risiken“ den Zusatzbeitrag deutlich steigen lassen.

Insgesamt sollte das vom Bundesministerium für Gesundheit und von CDU/CSU und SPD erarbeitete Konzept aus Gesundheitsfonds, Zusatzbeitrag und 1 %-Belastungsgrenze grundlegend überarbeitet werden. Ist dies –aus welchen Gründen auch immer– nicht möglich, sollte ein Strich unter die Diskussion gezogen und ein neuer Finanzierungsansatz entwickelt werden.

Ein neuer Ansatz wäre aus ökonomischen und gesellschaftlichen Gründen sowieso der richtige Weg, weil es der angedachten Finanzierungsreform vollständig an langfristiger Perspektive fehlt.

Dr. Thomas Drabinski, Kiel, den 25.09.2006

---

Institut für Mikrodaten-Analyse. Institutsleitung: Dr. Thomas Drabinski. Schriftenreihe Band 7, ISBN-10 3-88312-342-0, ISBN-13 978-388-312-342-4, 52 Seiten, 17 Tabellen, 4 Abbildungen, Verkaufspreis: 35,00 € zzgl. Versandkosten.

Institut für Mikrodaten-Analyse, Weimarer Str. 8, 24106 Kiel, Email: [institut@ifmda.de](mailto:institut@ifmda.de), Tel: 0431-3857 820, Fax: 0431-3859 135, Internet: <http://www.ifmda.de/>.